

50 Jahre 68 – eine Bilanz oder: Wie die 68er den „Raum Hochschule“ prägten und was davon geblieben ist.

Die Linke.SDS FU (Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband, 2018)

Dieses Jahr steckt voller Jubiläen, neben dem 70-jährigen Bestehen der Freien Universität feiern wir auch 50 Jahre 68er-Bewegung. Grund genug als SDS FU eine kleine Bilanz zu ziehen, was die 68er an der Hochschule damals verändert haben und was sich seitdem weiterhin verändert hat.

Was 68er-Bewegung heißt, bezieht sich natürlich auf mehr, als nur das Jahr 1968. Wir wollen hier keine historische, detaillierte Chronik liefern, sondern lieber thematisch schauen, was uns als heutige SDSler*innen und Studis an den 68ern inspiriert, aber auch was wir kritisieren würden.

Was war damals los?

Der damalige SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) machte in den 60ern eine riesige Wende durch. Das Bild des SDS heute wird zumeist geprägt von Rudi Dutschke, von Anti-Vietnamkriegsdemos mit tausenden Teilnehmenden, von Straßenschlachten mit der Polizei und den Bildern des erschossenen Studenten Benno Ohnesorg bei der Anti-Schah-Demo. Das sind die großen, teils erschütternde Momente dieser Zeit.

Doch was brachte damals so viele junge Leute – nicht nur Studierende – auf die Straße?

Wir glauben, dass der oft beschriebene „Generationenkonflikt“ zwischen der Generation des NS-Regimes und der nachfolgenden Generation, die gegen ihre Eltern rebellierte sicherlich ein Aspekt der Revolte

war, aber lange nicht der einzige. Denn nicht nur in Deutschland und Frankreich gab es Revolten, weltweit rebellierte Menschen gegen das herrschende System, gegen das Bildungssystem, gegen Kürzungen, gegen Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung. In Deutschland ist der Protest als Studi-Protest bekannt, auch wenn das die vielen Streikenden, die Auszubildenden, die Gewerkschafter*innen, die beispielsweise in Bonn gegen die Notstandsgesetze gemeinsam mit den Studierenden demonstrierten, unter den Tisch kehrt. So ist es auch Teil der Strategie der damaligen Politiker gewesen, die Studierenden als radikale Minderheit darzustellen und die Bewegung zu spalten. Leider mit Erfolg. Zu keinem Zeitpunkt nahm die Bewegung in Deutschland das Ausmaß an wie in Paris, wo Studierende und Arbeitende gemeinsam Unis, Betriebe und Stadttheater besetzten, Barrikaden in den Straßen bauten, den längsten Generalstreik der Geschichte Frankreichs organisierten und der französische Präsident kurzfristig aus dem Land verjagt wurde. Und doch: auch in Deutschland hinterließ die 68er-Bewegung die Basis für vieles mehr, als einen Generationenwechsel. Der SDS entwickelte sich damals vom „Seminar-Marxisten“-Trupp zu einem Sammelbecken Hunderter, die nicht nur Marx-Lesekreise an der Universität ins Leben riefen, sondern neue Protest- und Aktionsformen entwickelten. Dieser antiautoritäre Kurs im SDS war ein Strategiewechsel im Verband, der durch die Gruppe „Subversive Aktion“ ausgelöst wurde, der auch Rudi Dutschke angehörte und die 1965 dem Berliner SDS beitrug. Oft waren für die neuen Aktionsformen

die amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society) Vorbild. Teach-Ins, Sit-Ins und andere Protestformen des zivilen Ungehorsams fanden in dieser Zeit ihren Ursprung. Man muss sich den Wandel vorstellen: statt einem Frontalunterricht, einem klaren Verhältnis zwischen autoritären, höher gestellten Lehrenden und den zum Gehorsam verpflichteten Studierenden, entwickelten die Studierenden der 68er Bewegung eine völlig neue Vorstellung vom Lernprozess, von Wissenschaft. Das markanteste Beispiel an dem man diesen Wandel nachvollziehen kann, ist vielleicht Holzkamp, der heute noch bekannt ist als kritischer, marxistischer Professor am Psychologischen Institut der Freien Universität. Zunächst war dieser ein ziemlich gewöhnlicher Professor, der erst Marxist wurde in einem Lesekreis, den seine Studis organisierten. Der zuvor Lehrende wurde im Lesekreis zum Lernenden und später zum Begründer der „Kritischen Psychologie“. Ohne die 68er hätte es ihn so nicht gegeben. Wissensaneignung als gemeinschaftlichen Prozess zu verstehen, der sich nicht nur eindimensional vollzieht, das ist eine Errungenschaft der 68er. Damit einhergehend natürlich auch ein völlig anderes Verständnis von Partizipation und Demokratie.

Als Teil der APO (Außerparlamentarische Opposition) leisteten der SDS und hunderte andere Studierende, Fachschaftsgruppen u. a. einen wichtigen Teil zur Politisierung der Universität. Die lose Arbeitsgruppenstruktur des SDS ermöglichte es, Interessierten unkompliziert einzusteigen und an verschiedenen Kampagnen und Bildungsprojekten teilzunehmen. An der FU entwickelten SDS und AstA damals die „KU – Kritische Universität“, in der zu verschiedenen Themen eigene Seminare und Tutorien entwickelt wurden, als alternatives, kritisches Angebot für Studierende. 30 Arbeitsgruppen wurden dazu gegründet und etwa 4.000 Studierende, Professoren und Assistenten (damals tatsächlich hauptsächlich Männer) nahmen an der Gründungsversammlung teil.

Das Spannende an der 68er-Bewegung, wenn man sie von heute aus betrachtet, ist ihre Vielfältigkeit. Kreative politischen Aktionen, neue Wohn- und Hausprojekte, Institutsreformen, Verbindung von Studium und kritischer Lehre/Wissenschaft, antiautoritäre Utopien und riesige Demonstrationen und Vollversammlungen – wenn man heute zurückblickt, erscheint es einem wie eine Zeit, in der radikal alle Bereiche des Lebens hinterfragt werden sollten, eine Zeit in der Politik und Hochschule, Öffentliches Leben und individuelle Freiheiten zusammen diskutiert wurden.

Und vielleicht ist es sinnvoll genau an dieser Stelle mit der Kritik anzusetzen. Denn so vielfältig und umfangreich die 68er klingen, so viel auch aus ihnen und ihren politisierten Teilen hervorging (Anti-AKW Bewegung, Frauenbewegung, Spontis etc.), so haben sie natürlich keine Revolution gebracht, zumindest nicht im klassischen Sinne und man könnte sagen, sie wurden peu à peu von der neoliberalen Wende eingekauft. Wir wollen dabei zwei Kernpunkte, die wir für tatsächliche „Fehler“ der deutschen 68er-Bewegung halten hervorheben.

1. Die Tomate...

...flog 1968 auf den SDS-Vorstand, der, nach einer

flammenden Rede von Helke Sander zum „Aktionsrat zur Befreiung der Frau“ und die Ignoranz der SDS-Genossen gegenüber feministischen Forderungen, kommentarlos mit der Tagesordnung fortfuhr. Der Tomatenwurf gilt als der Auftakt der 2. Frauenbewegung in Deutschland, in dessen Folge sich in vielen Städten sowohl sogenannte Weiberräte gründeten als auch Kinderläden mit neuem feministisch-emanzipatorischen Ansatz gegründet wurden. Wir wollen damit nicht sagen, dass der SDS ein besonders sexistischer Männerhaufen war, aber wie es auch in Helke Sanders Rede hieß, war er dennoch Abbild damaliger gesellschaftlicher Verhältnisse. So waren zwar mehr Frauen im SDS aktiv, als in kaum einer anderen politischen Organisation dieser Größenordnung der Zeit, aber er war mitnichten frei von Sexismus und vor allem interessierte er sich wenig für „Frauenpolitik“ im Speziellen. Man tat so, als seien jene Fragen sekundär und kein besonderes Problem auch innerhalb linker Organisationen. Diese Revolte, von SDSler*innen ausgehend, eine Revolte in der Revolte, zeigte Stärken und Schwächen des Verbandes auf. Uns sollte klar sein: Wir sollten die Tomate heute als Lehrstück betrachten und daraus lernen, dass, wie es damals hieß, gewissermaßen das „Private auch politisch“ ist, linke Organisationen selbst Abbilder der Gesellschaft sind und uns daher selbstkritisch – auch in eigenen Strukturen – Unterdrückungsverhältnissen entgegenstellen. Sowohl in Bezug auf die Geschlechter als auch auf Rassismus und andere Formen der Unterdrückung.

Als Linke.SDS sehen wir heute positiv auf die wachsenden feministischen Bewegungen in Lateinamerika, Spanien oder auch die Bemühungen um die Politisierung des Frauen*kampftags in den letzten Jahren. Außerdem beobachten wir ein wachsendes Interesse an feministischer Theorie und an einem Zusammendenken von Marxismus und Feminismus, statt einem dualistischen Gegeneinanderstellen von sogenannter „Identitätspolitik“ und „Klassenpolitik“. Wo wir beim nächsten Punkt wären...

2. Der Strategische Fehlschluss

...wäre unserer Ansicht nach die Bündnispolitik des 68-SDS, im Speziellen das mangelnde Bündnis zur Arbeiter*innenklasse, dass sicher nicht nur von Seiten der Studierenden scheiterte, sondern auch mit der desolaten Situation der Gewerkschaften zusammenhing. Mit dem „Abschreiben der Arbeiter*innenklasse“ als revolutionäres Subjekt der Gesellschaft widmete man sich im großen Maße der Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt, einschließlich ihrer Theoretiker wie Mao u. a. Dies machte große Teile der Studierendenschaft blind für das Potenzial der Menschen in ihrem eigenen Land. Erst der Pariser Mai 1968 sorgte dafür, dass in Deutschland wieder über „die Klasse“ und „Generalstreiks“ geredet wurde. Doch bis auf den Sternmarsch in Bonn gegen die Notstandsgesetze blieben jene Verbindungen zwischen Studis und Arbeitern marginal. So blieben am Ende die revolutionären Forderungen und die Möglichkeit der Umsetzung, des Aufbaus von Druck auf die Politik beschränkt und für die Politik und die bürgerlichen Medien blieb es ein Leichtes, die Studierenden weiter

¹ <https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/wissenschaft-trifft-politik/index.html>

vom Rest der Gesellschaft zu spalten. Die Trendwende zur Arbeiter*innenklasse kam zu spät, im Niedergang der Bewegung, und führte zur berühmten Strategie der Roten Zellen, in einzelne Betriebe zu gehen. Jene eher paternalistische Herangehensweise fruchtete leider kaum. Unsere Aufgabe heute wäre es, wieder Proteste zusammenzuführen, als abstrakt „die Arbeiterklasse“ zu suchen oder zu meiden. Beispiele waren hierzu die Solidaritätsaktionen des SDS mit den H&M-Streikenden oder den streikenden Erzieher*innen, aber ein weiteres Beispiel sind auch die Gewerkschaftskämpfe an der Universität selbst, z. B. der TV-Stud-Streik.

Wie steht es um die Errungenschaften heute?

Die Universitätsleitung erzählt stets stolz von der Vergangenheit der Freien Universität. Sie sieht sich in der Tradition der Verteidigung der akademischen Freiheit, als „politisches Diskussionsforum“¹ und fern jeglicher Ideologie. Doch das Verhalten der Freien Universität in verschiedensten Sachverhalten zeigt leider, dass dieses „historische“ Selbstverständnis sich nicht auf die Praxis zu erstrecken scheint. Der akademische Alltag der FU ist weit weniger frei, als es ihr Name suggerieren mag.

Am stärksten ist das spürbar in der wiederholten Unterbindung politischer Aktivitäten von Studierenden sowie der Behinderung der studentischen Selbstverwaltung. So wird die Arbeit des AStA von der Universitätsverwaltung nicht ernst genommen und zunehmend erschwert. Ein wichtiges Instrument der Verwaltung ist dabei eine restriktive Raumvergabe, das hat sich die Universitätsleitung scheinbar von ihrem Pendant der 68er Zeit abgeschaut: Für Veranstaltungen von Studierenden werden keine Räume zur Verfügung gestellt, sofern nicht eine immer länger werdende Liste an Auflagen erfüllt ist; der Universität politisch nicht genehmen Veranstaltungen werden Räume gänzlich verwehrt. Den Studierenden wird trotz der beschworenen Vielfalt und politischen Unabhängigkeit die Möglichkeit zur Schaffung von kritischen Räumen systematisch genommen.

So scheint es im Interesse der Universitätsleitung zu liegen, einen nach innen und außen reibungslos erscheinenden Ablauf des Arbeitsalltags zu sichern und das auf Kosten der Entfaltung der Studierenden. Die Universität ist für die aktuelle FU-Leitung kein Ort derjenigen, die sich an ihr persönlich weiterentwickeln wollen, sondern ein Ort des akademischen Betriebes im wörtlichen Sinne.

Die Freie Universität ist zu einem Unternehmen verkommen: Ihr Produkt sind Personen, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts entsprechen, ihr Ziel ist die effiziente Herstellung derselben. Seminare und Vorlesungen sind überfüllt, Studentische Hilfskräfte unterbezahlt. Alles wird mit Sparzwängen der Universität begründet.

Zum unternehmerischen Geist der Freien Universität passt, dass die kritische Wissenschaft seit Jahrzehnten auf dem Rückzug ist. Sei es in der Psychologie, in den Wirtschaftswissenschaften, in den Naturwissenschaften oder auch in den Geisteswissenschaften. Professor*innen und Thematiken, die sich außerhalb des Mainstreams befinden, sind kaum zu finden und

werden immer weniger. Nicht überraschend, bedenkt man, dass das Produktionsziel in konformen Absolvent*innen liegt.

Die Folge des universitären Effizienzwahns und ihrer Repression studentischer Aktivität ist eine akademische Bildung, die zum Konsumgut wird. Das Studium wird Investition der Studierenden in ihre Ich-AG, im Kosten-Nutzen-Kalkül ausgewählt unter vielen möglichen Karrierewegen. Die persönliche und politische Entfaltung der Studierenden ist dabei störender, kostensteigernder Faktor auf dem Weg zum erstrebten Studienabschluss.

Von Freiheit, Ferne von einer Ideologie und einem Charakter als Diskussionsforum ist für die Studierenden dieser „F“U wenig bis gar nichts zu spüren.

Wenn wir rückblickend auf die Fehler und Erfolge der Bewegungen um 68 schauen, um für heute zu lernen, müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass die heutige, historisch spezifische Situation, eine andere ist. Doch es lassen sich Parallelen ziehen, die uns Ansätze für die heutige politische Aktivität als Studierende geben. Auch heute sehen wir uns einem in alten Mustern gefangenen universitären Apparat gegenübergestellt. Und wir glauben, dass wir auch heute Druck von unten brauchen, um diesem Apparat begegnen zu können.

Solchen Druck aufzubauen, ist alles andere als einfach, es erfordert eine breite Politisierung und Mobilisierung. Auf dem Weg dorthin heißt es für uns deshalb, mit Aufbau- und Bildungsarbeit eine Stimmung der Unzufriedenheit mit dem akademischen Status quo nicht nur zu schaffen, sondern sichtbar zu machen. Fragt man die Studierenden, wie es ihnen im Studium ergeht, konfrontiert man sie mit den wünschenswerten Gedanken der wirklich freien Entfaltung und Forschung, einem selbstbestimmten Studium, das nicht durch finanzielle Unsicherheit, Regelstudienzeitdruck und Anwesenheitspflicht dirigiert wird, so findet man diese Unzufriedenheit. Doch man findet ebenso Frust und das Gefühl von Machtlosigkeit. Was die 68er mit ihrer Bewegung geschafft hatten, war, diese Machtlosigkeit zu durchbrechen, und greifbar und erfahrbar zu machen, was es heißt zu partizipieren und etwas in Bewegung zu bringen. Und sie haben dies auf breiter Basis geschafft. Es wird auch heute immer wichtiger, im Kampf gegen die zunehmend autoritär agierende Universität breite Bündnisse zu schaffen. Die Stärke der APO lag in ihrer Vielfältigkeit, in ihrem solidarischen Kampf über die Grenzen verschiedener Gruppen hinaus. Breiter Druck kommt nur aus einem breiten Bündnis der Mobilisierung, geeint im Kampf um eine freie Universität und eine freie, emanzipatorische Gesellschaft.

Verbot eines 68 Kongresses

In Anlehnung an 68er-Konzepte des gemeinsamen Lehrens und Lernens veranstalten wir als SDS Ende des Jahres einen Kongress in Berlin: 68/18 – Geschichte wird gemacht. Wir wollen gemeinsam mit vielen Zeitzeug*innen, Wissenschaftler*innen, Organisationen und Studierenden sowohl die Bewegungen von 68 beleuchten als auch die Herausforderungen und Chancen heutiger Kämpfe diskutieren. Doch die FU

Leitung verbietet dem SDS die Räume dafür. So sei der Kongress, trotz der vielen Zusagen bekannter Wissenschaftler*innen, nicht wissenschaftlich genug und zu sehr parteipolitisch. Obwohl die FU nie Probleme hatte Parteipolitiker wie Frank-Walter Steinmeier oder Wolfgang Schäuble in den Henry-Ford-Bau einzuladen, berufen sie sich hier auf ihre „Pflicht zur Unabhängigkeit“. Dabei ist der Kongress zu 68 bewusst breit aufgestellt und DIE LINKE-Politiker*innen machen einen sehr geringen Prozentsatz aus.

Damit reiht sich dieser Vorfall ein in eine Vielzahl von Vorfällen, die es auch in den 60ern schon gab. 1965 verbot der Rektor der FU ein vom AStA organisiertes Podium mit dem Journalisten Erich Kuby, trotz mehrerer Proteste und Demonstrationen. Der „Fall Kuby“ erregte damals viel Aufsehen², aber auch in den letzten Jahren kam es immer wieder zu Verboten gegenüber Veranstaltungen von Studierenden. Beispielsweise heißt es in einer Resolution des Studierendenparlaments vom 02.07.2015: „In einem aktuellen Fall wird einem lang geplanten Kongress des AStA trotz mehrfacher Aufforderung bisher keine Antwort auf eine Raumanfrage mitgeteilt. Nachdem dieses Jahr mehrere Monate die Sporthalle der „F“U als Flüchtlingsunterkunft genutzt wurde, möchte der AStA in Kooperation mit der Fachschaftsinitiative Psychologie und der Neuen Gesellschaft für Psychologie einen Kongress an die Uni holen, der sich wissenschaftlich mit den Themen ‚Migration und Rassismus‘ auseinandersetzt und einen kritischen Diskurs darüber anstoßen soll, wie Wissenschaft und Politik Themen um Flucht und Bleiberecht behandeln und welche Auswirkungen diese auf die Meinungsbildung der Bevölkerung Europas haben. Dieser Form kritischer Wissenschaft scheint die Universität keinen Raum geben zu wollen“.

Und auch die Ferienuniversität der Kritischen Psychologie musste 2014 allein mehrere Monate auf eine Antwort auf ihre Raumanfrage warten. Dazu heißt es in oben genannter Resolution: „Trotz mehrfacher Aufforderung des AStAs, der Fachschaftsinitiative Psychologie und Professor_innen des an den Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie angebotenen Arbeitsbereich Subjektforschung und Kritische Psychologie an der FU Berlin wurde der Beschluss, ob und unter welchen Konditionen die Räume zur Verfügung gestellt würden, nicht getroffen. Erst nachdem sich auch der Fachbereichsrat Erziehungswissenschaft und Psychologie positiv bezüglich des Kongresses ausgesprochen hatte, wurden die Räume gegen eine Reinigungspauschale freigegeben.“

Es gibt wiederum Beispiele von Veranstaltungen, die offensichtlich laut Universitätsleitung vereinbar waren mit ihrem Neutralitätsgebot, was die Frage eröffnet, warum sie gerade nun zu einem Thema wie 1968, das eine historische Bedeutung für die FU hat, dem Kongress die Räumlichkeiten absagen.

Der Vorwand, der SDS wäre gleichkommend mit einer Parteiveranstaltung, erscheint tatsächlich vorgeschoben, denn im Dezember 2009 konnte der CDU-Politiker Eberhard Diepgen auf Einladung des Studierendenverbands der CDU, des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten), stattfinden, von der sogar auf

der offiziellen Universitäts-Website berichtet wurde. Im Jahr 2005 redete CDU-Vorsitzende Angela Merkel höchstpersönlich an der Freien Universität. Besonders fällt dabei auf, dass Merkel nicht etwa wissenschaftlich zu einem Thema aus ihrem naturwissenschaftlichen Fachgebiet, sondern zum Titel „Germany as a Nation of Ideas“ referierte. 2010 gab es eine Rede vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, über die die Furios berichtete: „Wissenschaftlichen Ansprüche“³ wolle er [Müntefering] an seinen Vortrag ‚Ohne Koch und Ohne Kellner‘ nicht erheben“. Und die Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des deutsch-französischen Wirtschaftsrates mit Wolfgang Schäuble (CDU) wurde vom Universitätspräsidenten persönlich mit Grußwort eingeführt.

Ebenso wurde sowohl 2014 eine Veranstaltung mit Grünen-Politikerin Renate Künast zum Freihandelsabkommen TTIP genehmigt als auch die Einladung von Frank-Walter Steinmeier für den 21. Oktober 2015, damals nicht in seiner Funktion als Bundespräsident, sondern als SPD-Minister. Seine Rede wird dabei in der Furios als „Grundsatzrede zur deutschen Außenpolitik“ bezeichnet. In diesem Licht scheint der Ablehnungsgrund des 68-Kongresses, er sei nicht wissenschaftlich genug und zu parteipolitisch, blanker Hohn. Und zu guter Letzt konnte 2009 ein Kongress des SDS an der FU stattfinden: der „Make Capitalism History“-Kongress. Es war das Jahr des Bildungsstreiks 2009, eine bundesweite Schüler*innen- und Studierendenbewegung gegen die Bologna-Reform. Was uns einen wesentlichen Hinweis auf Repression und Widerstand liefert:

In bewegten Zeiten lassen sich Räume an der Hochschule sowohl leichter verteidigen als auch einfordern. In den letzten Jahren sind wir als Studierendenschaft eher in die Defensive gekommen. Es gab wenig Proteste an der FU, die maßgeblich das Klima an der Uni beeinflussen konnten und kaum etwas auf überregionaler Ebene. Der wochenlange TV-Stud-Streik hat hier, vielleicht zum ersten Mal seit Jahren, wieder aufzeigen können, was es heißt, ein Thema an der Uni zu setzen und dafür auf die Straße zu gehen.

Wenn die Schaffung kritischer Räume kein Anliegen der Universitäten ist, ist es an uns Studierenden, dies zu übernehmen. Wir wollen Zetkin, Marx, Luxemburg und Marcuse zurück an die Uni holen, wenn es die FU selbst nicht tut. Wir wollen reflektierte, politische Diskussion und Gesellschaftskritik ermöglichen. Wir wollen die Universität zum Ort der Vielfalt und Entfaltung machen. Wir wollen den antiautoritären Hauch von 1968 wieder an die Uni holen und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dort den Kongress stattfinden zu lassen, statt auf andere Räumlichkeiten in der Stadt auszuweichen. Wir wollen mit unserem „68/18 – Geschichte wird gemacht“-Kongress Geschichte lebendig machen.

Wir wollen gemeinsam mit anderen die Freie Universität zu dem machen, was sie nur behauptet zu sein.

² Zum „Fall Kuby“ vgl. u. a. den Artikel „Von der Freien zur Kritischen Universität“ in der vorliegenden Publikation.

³ <http://www.furios-campus.de/2010/06/03/muntefering-meckert-uber-medien/> (Abruf 17.08.2018).